

Mehr Geld für fleissige Bauern

Abstimmung Nahrungsmittel zu produzieren, muss sich wieder lohnen: Dafür sollen in der Bundesverfassung die Voraussetzungen geschaffen werden. Zwei Luzerner Bauernvertreter kämpfen für einen Kurswechsel.



Weizenernte in Eschenbach.

Bild: Nadia Schärli

Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

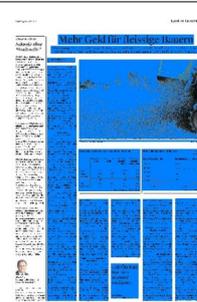
Am 24. September wird das Schweizer Stimmvolk über eine Verfassungsergänzung abstimmen, in welche die Bauern grosse Hoffnungen setzen. So sollen das Kulturland besser geschützt und die Landwirtschaft stärker auf den Markt ausgerichtet werden. Ziel ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen.

Dieser vom Ständerat aus-

gearbeitete Vorschlag geht zwar weniger weit als die Ernährungs-sicherheitsinitiative des Bauernverbands. Dennoch zog die Dachorganisation der Landwirte ihr Volksbegehren am Dienstag zurück – getreu dem Motto: «Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.» So jedenfalls drückt sich Jakob Lütolf, Präsident des Luzerner Bauernverbands und Landwirt in Wauwil, gegenüber unserer Zeitung aus.

Kurswechsel wohl erst ab 2022

Doch wie fett ist der Spatz in der Hand tatsächlich? Nützen die vage formulierten Ziele den Landwirten überhaupt etwas? Der höchste Luzerner Bauer ist überzeugt: «Die Verfassungsänderung macht Sinn, auch wenn damit nicht alle unsere Forderungen erfüllt werden.» Es brauche einen Kurswechsel in der Landwirtschaft – weg von der flächenabhängigen, zu stark auf ökologi-



sche Leistungen ausgerichteten Unterstützung hin zu mehr Anreizen für Bauern, die Nahrungsmittel produzieren wollen. Der Bund verteilt den noch etwas mehr als 50000 Schweizer Landwirten pro Jahr Direktzahlungen von rund 2,7 Milliarden Franken.

Dass eine Strategieanpassung nicht schnell zu bewerkstelligen ist, weiss Lütolf. Im nächsten Vierjahresplan für die Bauern, der Agrarpolitik (AP) 18–21, erwartet er deshalb keine grossen Änderungen gegenüber der Ist-situation. Der Bauernverband arbeite denn auch bereits an der Agrarpolitik ab 2022.

Gegensteuer geben zur aktuell «etwas zu stark in Richtung Ökologie gegangenen Strategie» will auch Leo Müller, der einzige Bauernvertreter unter den zehn Luzerner Nationalräten. «Mit Ökologie lässt sich niemand ernähren», sagt der CVP-Politiker aus Ruswil. Es gelte deshalb, dem Wert der Produktion von Nahrungsmitteln wieder mehr Bedeutung beizumessen.

Konkret verlangen Lütolf und Müller, dass die Bauern künftig mehr Geld erhalten für Produkte wie Milch und Getreide – und dafür weniger für die Extensivierung von Kulturland oder das ordnungsgemässe Aufschichten von Siloballen. Nur so könne der Selbstversorgungsgrad zumindest gehalten werden. Der Selbstversorgungsgrad – definiert mit dem Verhältnis der einheimischen Produktion zum inländischen Gesamtverbrauch – sank in den letzten Jahren leicht und beträgt aktuell rund 55 Prozent. Es werden also nur etwas mehr als die Hälfte der in der Schweiz konsumierten Nahrungsmittel

auch hierzulande produziert. In Deutschland beispielsweise liegt der Selbstversorgungsgrad bei über 80 Prozent, die Franzosen können sich sogar unabhängig von Importen ernähren.

Während sich der Selbstversorgungsgrad bei den meisten tierischen Nahrungsmitteln bei nahezu 100 Prozent bewegt, liegt er bei vielen pflanzlichen weit darunter. Das widerspiegelt sich im Rückgang der Anbauflächen von Brotgetreide und Kartoffeln, den für die Ernährung der Bevölkerung wichtigsten Ackerkulturen (siehe Grafik). Hauptgrund für die sinkenden Flächenanteile sind die stark gesunkenen Erlöse, die Bauern für ihre Feldfrüchte erhalten. So betrug der Preis für 100 Kilo Weizen im letzten Jahr nur 52 Franken. 1990 erhielten Weizenbauern für die gleiche Menge Korn rund das Doppelte.

«Viele melken nur noch, weil sie investiert haben»

Ein Rückgang droht laut Lütolf auch bei der Milchwirtschaft, dem mit einem Anteil von rund 20 Prozent am gesamten Produktionswert zweitwichtigsten Zweig der Landwirtschaft – nach der Fleischproduktion. Durch den tiefen Preis würden derzeit Tausende von Bauern den Ausstieg aus der Milchproduktion prüfen, sagt Jakob Lütolf. Aktuell löst ein Landwirt für ein Kilo Milch lediglich noch etwas mehr als 50 Rappen, also weniger als die Hälfte des Ertrags in den 1980er-Jahren.

«Viele melken nur noch deshalb, weil sie erst vor kurzem investiert haben, oder sie hören beim Generationenwechsel mit der Milchwirtschaft auf», sagt Lütolf. Auch er selber mache sich

Gedanken über die Ausrichtung seines Betriebs, den er seit zehn Jahren als Betriebsgemeinschaft führt. «Wir müssten in einen neuen Melkstand oder einen Melkroboter investieren. Wegen der tiefen Preise und der schlechten Aussichten investieren wir derzeit aber keinen Rappen.»

Produzieren die Bauern weniger Nahrungsmittel und investieren gleichzeitig zurückhaltend, hat das auch Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige. So generieren der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen wie Futtermühlen oder Metzge-

«Mit Ökologie lässt sich niemand ernähren.»

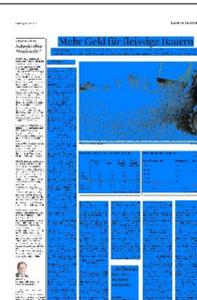
Leo Müller

CVP-Nationalrat, Ruswil

reien und Käsereien mit jährlich gegen 30 Milliarden Franken eine fast dreimal höhere Wertschöpfung als die Bauern selber. Dies trotz dem stetigen Rückgang der Landwirtschaftsbetriebe, der in der Zentralschweiz zwischen 2000 und 2015 prozentual betrachtet im Kanton Uri am massivsten war (siehe Tabelle).

Ökologisierung verzögert «Strukturwandel»

Nur minim verringert hat sich dagegen die von den Bauern bewirtschaftete Fläche, was zu immer grösseren Höfen führt. Doch dieses vom Bund erwünschte



Bauernsterben – Agrarfunktionäre reden es deshalb mit dem Ausdruck «Strukturwandel» schönergerade laut Jakob Lütolf durch Fehlanreize ins Stocken. «Viele junge Bauern machen heute folgende Rechnung: den Betrieb übernehmen, extensivieren und einem Nebenerwerb nachgehen. Sie sind die Gewinner des heutigen Systems.» Das Heil nur im Wachstum zu suchen, sei allerdings auch keine Lösung.

Klar ist für Lütolf: Der starke Anreiz, mit möglichst wenig Aufwand an hohe Direktzahlungsbeiträge zu gelangen, sei genauso falsch wie die von Ökonomen immer wieder geäusserte Forderung, den Grenzschutz für Landwirtschaftsprodukte zu lockern. «Solange wir uns im höchsten Kostenumfeld der Welt bewähren müssen, werden wir uns mit Händen und Füssen dagegen wehren», kündigt Lütolf an. Mit Leo Müller weiss der Luzerner Bauernverbandspräsident einen prominenten Mitstreiter an seiner Seite. Das gilt auch für die Abstimmungskampagne, die der Schweizerische Bauernverband bald lancieren will. Lütolf verspricht, für die Verfassungsänderung auf der Landschaft flächendeckend mit Plakaten zu werben, Müller will dem Volk die Wichtigkeit des Themas Ernährungssicherheit landauf und landab an Veranstaltungen vermitteln.

Beide sind zuversichtlich, dass die Mehrheit jener 96 Prozent der Bevölkerung, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind, Ende September ein Ja in die Urne legen. Auch deshalb, weil derzeit alle Bauerngruppierungen hinter der Verfassungsänderung stehen. Wie erfolgreiches Lobbying funktioniert, wissen die Landwirte

bestens: Obwohl sie im Nationalrat nur 25 der 200 Mitglieder stellen und im Ständerat mit lediglich 3 von 46 Angehörigen vertreten sind, schaffen sie für ihre Anliegen in beiden Kammern regelmässig komfortable Mehrheiten. Das gilt auch für den 120-köpfigen Luzerner Kantonsrat, in dem der prozentuale Anteil der Bauern mit 24 Vertretern fast doppelt so hoch ist wie im Nationalrat.

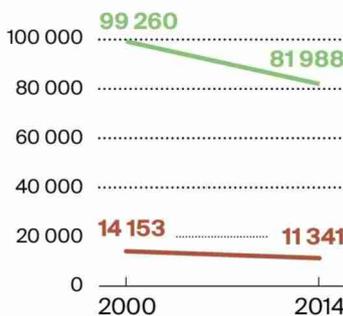
Zentralschweizer Landwirtschaft im Vergleich

	Bauernhöfe 2000	Bauernhöfe 2015	Fläche pro Betrieb 2000 (in ha)	Fläche pro Betrieb 2015 (in ha)
Schweiz	70 537	53 232	15,2	19,7
Luzern	5779	4691	13,6	16,3
Schwyz	1985	1637	12,6	14,9
Obwalden	839	649	9,9	12,0
Uri	801	584	8,7	11,6
Zug	676	573	16,4	18,6
Nidwalden	579	450	10,8	13,3

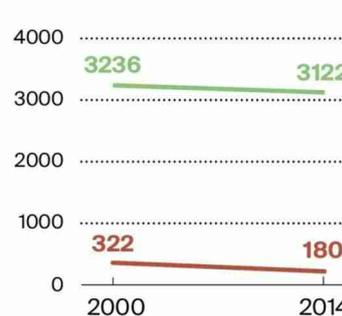
Quelle: Bundesamt für Statistik

Entwicklung der Ackerkulturen

In der Schweiz, in ha



Im Kanton Luzern, in ha



Quelle: Lustat/BFS; Grafik: Isi